An die
Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria
Franz-Klein-Gasse 5
1190 Wien

Per E-Mail: stellungennahmen@aq.ac.at

Sachbearbeiterin
Dr. Allerberger

Telefon
(0512) 507-22802

Geschäftszahl

Datum
18.7.2022

Entwurf der Verordnung des Boards der AQ Austria über Überprüfungsverfahren von Lehrgängen zur Weiterbildung gemäß § 26a HS-QSG

Stellungnahme der Universität Innsbruck

Zum vorliegenden Entwurf der Verordnung des Boards der AQ Austria über Überprüfungsverfahren von Lehrgängen zur Weiterbildung gemäß § 26a HS-QSG wird vom Rektorat der Universität Innsbruck wie folgt Stellung genommen:

Zu § 3:

Gemäß Abs. 2 wären von der*dem Bundesminister*in neben der Mitteilung der begründeten Zweifel auch eingeholte Unterlagen und schriftliche Informationen der betroffenen Hochschule an die AQ Austria zu übermitteln. Gemäß § 26a Abs. 2 HS-QSG hat der*die Bundesminister*in der Hochschule die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, die Einholung weiterer Unterlagen oder schriftlicher Informationen ist von der Bestimmung nicht umfasst.

Zu § 4:

Da der*die Bundesminister*in jedenfalls eine Stellungnahme der betroffenen Hochschule einzuholen hat, stellt sich die Frage, ob hier eine neuerliche bzw. zusätzliche Stellungnahme gemeint ist.

Die in **Abs. 1 Z 1** genannte **Frist** von vier Wochen ist nach ho. Ansicht zu kurz. Es wird eine Frist von acht Wochen vorgeschlagen.

Abs. 3 stellt einen gewissen Widerspruch zu **Abs. 1** der Bestimmung dar: Gemäß Abs. 1 beginnt das Überprüfungsverfahren mit der Einholung einer (weiteren?) schriftlichen Stellungnahme bzw. weiteren Informationen, gemäß Abs. 3 erfolgt die Einleitung des Überprüfungsverfahrens, wenn die Hochschule keine Stellungnahme oder sonstige Informationen übermittelt. Gemäß § 26a HS-QSG hat der*die Bundesminister*in die Durchführung eines Überprüfungsverfahrens durch die AQ Austria zu veranlassen, wenn die begründeten Zweifel von der Hochschule nicht ausgeräumt werden. Es erscheint daher fraglich, ob „Beginn“ oder „Einleitung“ des Überprüfungsverfahrens in der Verordnung überhaupt geregelt werden können.

Die in **Abs. 3** genannte **Frist** von vier Wochen ist nach ho. Ansicht zu kurz. Es wird eine Frist von acht Wochen vorgeschlagen.

Die in **Abs. 4** vorgesehene gemeinsame Behandlung mehrerer Überprüfungsverfahren stellt für die betroffene Hochschule einen unverhältnismäßigen Aufwand dar. Es wird vorgeschlagen, von dieser Möglichkeit Abstand zu nehmen.

Wie bereits in der Stellungnahme der Universität Innsbruck vom 20.5.2021 zu § 26a HS-QSG ausgeführt, ist die Kostentragung des Überprüfungsverfahrens gemäß **Abs. 6** nicht nachvollziehbar, da sie in Widerspruch zu § 14 Abs. 9 UG („Der Aufwand für von der Bundesministerin oder vom Bundesminister veranlasste Evaluierungen ist vom Bund zu tragen“) steht.

Zu § 8:

Die in **Abs. 1** genannte **Frist** von vier Wochen ist nach ho. Ansicht zu kurz. Es wird eine Frist von acht Wochen vorgeschlagen.

Dem Rektorat der Universität Innsbruck ist es ein Anliegen, nochmals auf die seinerzeitige Stellungnahme der Universität Innsbruck zum Entwurf des § 26a HS-QSG vom 20.5.2021 hinzuweisen, hier auszugsweise im Wortlaut:

„Die ausdrückliche Einbindung der ULG in das hochschulinterne Qualitätsmanagementsystem (§ 56 Abs. 1) ist grundsätzlich zu befürworten und zu begrüßen, wie dies auch bereits § 22 Abs. 3 HSQSG als Prüfbereich im Zuge des Audits festgeschrieben ist. Hier werden bereits die Strukturen und Verfahren der Qualitätssicherung von Universitätslehrgängen überprüft. Die nun vorgeschlagene Änderung und Ergänzung des § 26a HSQSG mit einer anlassbezogenen ex-post Überprüfung bereits eingerichteter ULGs bedeutet jedoch einen gänzlichen Umbruch der bisherigen und bewährten Qualitätssicherungsstrategie für den Bereich der Weiterbildung an öffentlichen Universitäten. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit eines Missbrauchs des Verfahrens, da „begründete Zweifel“ beim Bundesminister bzw. bei der Bundesministerin eingebracht werden können, um etwa bei einem konkurrierenden Studienangebot eine Prüfung zu veranlassen. Die Aufgabe der AQ Austria, über den Ausgang der Überprüfung per Bescheid zu entscheiden und damit auch Studiengänge zu schließen, wird äußerst kritisch gesehen – auch aus verfassungsrechtlicher Sicht im Hinblick auf die Autonomie der Universitäten.“

Mit freundlichen Grüßen,

Für das Rektorat

Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Tilmann Märk